

ISOR aktuell

Nr. 8 / 2000 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ August 2000

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Weiterhin auf Politiker persönlich zugehen!

300 ISOR-Mitglieder aus Halle sowie Vertreter der Territorialen Initiativgruppen aus dem ehem. Bezirk, Gäste von Verbänden, unter anderem Seniorenrat der Stadt Halle, Seniorenverband der Polizeigewerkschaft und Standortkameradschaft Halle des DBwV, konnten am 17. 07. 2000 den ISOR-Vorsitzenden Horst Parton in einer Veranstaltung begrüßen. Er informierte eindrucksvoll über vielfältige Aktivitäten unseres Vereins, Rentenstrafrecht und Versorgungsbenachteiligungen für alle Betroffenen zu beseitigen.

Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die Anhörung im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zum Referententwurf eines 2. AAÜG-ÄndG sowie die Aufgaben, die sich für die Mitglieder in den nächsten Monaten ergeben, um Einfluß auf eine befriedigende Lösung zu nehmen.

Der Einladung zur Veranstaltung war auch die Vorsitzende des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag, Frau Christel Hanewinkel (SPD), gefolgt. Sie nahm die Möglichkeit wahr, zum Stand der strittigen Problematik Rentenreform 2000 Stellung zu nehmen sowie über das Gesetzgebungsverfahren 2. AAÜG-ÄndG zu informieren.

Hervorzuheben ist ihre erklärte Position, sich für die Wertneutralität im Rentenrecht einzusetzen, wobei ihre Haltung sicherlich im Parteienspektrum des Bundestages unterschiedlich reflektiert werde.

Sie bestätigte unsere Auffassung, dass zu dieser Problemstellung bei einer Reihe von Abgeordneten offenbar noch erheblicher Klärungsbedarf besteht und schlug vor, dass insbesondere die Abgeordneten im jeweiligen Wahlkreis durch die territorialen Verbände angesprochen werden.

In Diskussionsbeiträgen der Mitglieder wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass der Gesetzgeber in der Pflicht steht, den Rechtsfrieden herzustellen, indem den Argumenten der Verbände für eine befriedigende Regelung im vollen Umfang Rechnung getragen wird.

Besonders kritisch wurde mit dargelegten Beispielen die Veränderung im Sinneswandel von Fraktionen und Politikern vermerkt, abhängig davon, ob sie sich jeweils in Opposition oder Regierungsverantwortung befinden. Dieses fordert geradezu heraus, diese Abge-

ordneten mit ihren, vor Wahlen geäußerten Standpunkten zu konfrontieren.

Da bekanntlich das Gesetzgebungsverfahren nach den neuesten Informationen erst im September beginnen wird, sind wir als Mitglieder besonders gefordert, die Kontakte zu Abgeordneten zu suchen und Positionsgespräche zu führen.

Alfons Krüger

Zitat des Monats:

**„In unserer Gesellschaft
hat die Umverteilung
von Unten nach Oben
zu einer verschämten
Armut und zu einem unver-
schämten Reichtum geführt“**

**Aktionsbündnis
„Aufstehen für eine andere Politik“**

Das Aktionsbündnis „Aufstehen für eine andere Politik“ ruft für den Herbst 2000 zu Aktionen auf, die vom ostdeutschen Kuratorium von Verbänden unterstützt werden. Geplant sind:

- Konferenz zum Thema: „Politik braucht Einmischung“ am 22./23. September
- große Protestkundgebung in Berlin am 23. September
- ergänzend dazu Einzelaktionen vor verschiedenen Bundes- und Senatsbehörden in Berlin.

(Näheres in ISOR aktuell September)

BRH konsequent gegen Rentenstrafrecht

Mit einer „Entschliebung zur Korrektur der Rentenüberleitung“ bekräftigte der BRH-Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 23. bis 25. Mai 2000 in Eisenach erneut seine Haltung. In der Entschliebung heißt es u.a.:

„Das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG), mit dem das westliche Rentensystem auf den

Osten Deutschlands übertragen wurde, ist, was die ehemals DDR-Zusatz- und Sonderversorgten angeht, verfassungswidrig, weil es den Grundsatz der Wertneutralität des Rentenrechts grob verletzt hat. In unzähligen Stellungnahmen hat der BRH-Bundesvorstand von der ersten Stunde an immer wieder daran erinnert, dass Rente gezahlt wird nach der Vergütung, die der Rentner während seiner Berufstätigkeit erhalten hat, und nicht etwa nach dem Wert, den die Berufstätigkeit für die Gemeinschaft hatte. ...

Der BRH-Bundesvorstand fordert die gesetzgebenden Körperschaften auf, endlich einen Schlussstrich unter die unselige Geschichte dieses Gesetzes zu ziehen und sich strikt an die Wertneutralität des Rentenrechtes zu halten. Unmittelbar nach der Vereinigung mag es vielen noch schwer gefallen sein, diesen Gedanken zu akzeptieren; zehn Jahre später kann solchen Überlegungen keine Bedeutung mehr zukommen. ... Die SPD wird nachdrücklich daran erinnert, dass sie als Opposition ähnliche Ansichten vertreten und damit Erwartungen für die Zeit nach dem Regierungswechsel geweckt hat. Ihr sollte zu denken geben, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf von den beteiligten Organisationen in nie zuvor erlebter Einmütigkeit abgelehnt wurde.“

★ ★ ★

Der neu gewählte Bundesvorsitzende des BRH, Dr. Herbert Bartsch, wandte sich mit einem Brief „An die Mitglieder des Bundestages der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN“, in dem es u.a. heißt:

„... wir wenden uns in großer Sorge an alle Mitglieder Ihrer Fraktion, weil wir Hinweise darauf haben, dass Sie dabei sind, die vom Bundesverfassungsgericht aufgegebene endgültige Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) zu verhindern. ...

Alle Versuche, einen Entwurf vorzulegen, der mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts übereinstimmt und den Rechtsfrieden fördert, sind bisher gescheitert. Nach unseren Informationen liegen die Gründe ausschließlich bei Ihrer Fraktion. Dort gibt es offenbar Kräfte, die sich mit dem Grundsatz der Wertneutralität des Rentenrechts noch immer nicht abfinden können. ...

Wir bitten Sie mit großem Ernst, einer vernünftigen Neuregelung, wie sie nach unseren Informationen von der SPD angestrebt wird, nicht länger im Wege zu stehen. Es sollte auch zu denken geben, dass die Regierungen der neuen Bundesländer, die über die Einzelheiten am besten informiert sind, eine solche Korrektur für erforderlich halten. Sollte sie scheitern, so wird Ihre Fraktion hierfür die alleinige Verantwortung zu übernehmen haben. ...“

Herr Ö. und die Werte

Weil, statistisch gesehen, in Neufünfland die meisten neonazistischen Untaten verübt werden sollen, verließ den grünen Innenpolitiksprecher im Bundestag, Cem Özdemir, ein Sommerlochgedanke: Nach der Vereinigung habe „den Ostdeutschen niemand erklärt, dass zur Bundesrepublik auch Werte gehören“ (ND 24. Juli 2000).

Ach, Herr Özdemir, erklären muss man uns Ostdeutschen viele der bundesrepublikanischen Werte nicht. Sie sind über uns gekommen worden. Per Export beispielsweise Neonazis auf den freien demokratischen Wahllisten. Undenkbar zu seligen DDR-Zeiten, weil „verordneter Antifaschismus“.

Noch ein paar Werte gefällig? Abwicklung der Osis von der Arbeit und vielfach vom Leben. Sozial-, Steuer-, Renten- und Gesundheitsreformen, die das Leben unten zum Leben ohne Wert machen. Oder Rentenstrafrecht, Rentenungerechtigkeit und -ungleichheit, wo die Wertneutralität auch unter den grünen Teppich gekehrt wird. Den Wert, Herr Ö., muss man nicht erklären. Mit dem durch gezahlte Beiträge gedeckten Zahlbetrag, so die Bündnisgrünen wollen, kommt der Wert ganz alleine.

Vorschlag: Erklären Sie Ihren FraktionskollegInnen den Wert einer Rente ohne Strafe. Dann sind wir alle ein Stück in der Werterkennung weiter. Gelle?! F.N.

Aus unseren TIG

ISOR im Urstromtal und auf Lichterfahrt

Dass in den TIG der Kampf gegen Rentenstrafrecht und Rentenungleichheit auf Punkt 1 der Tagesordnung steht, ist landauf landab unbestritten. Dass zu diesem Kampf Kraft gehört, ebenso. Und die holen sich ISOR-Mitglieder zunehmend in der Natur, bei geselligem Beisammensein.

So machten sich ISORisten der TIG Potsdam/Waldstadt im Mai auf in das Baruther Urstromtal. Diese erste Tagesfahrt des Jahres 2000 ließ die Bus-„Wanderer“ zunächst in dem nahe Baruth gelegenen Wildpark Johannismühle verweilen. Von Frau Banisch, der Park-Chefin, erfuhr die „Truppe“ viel über das naturkundlich interessante und landschaftlich reizvolle Areal, das Jahrzehnte als Naherholungsgebiet dem Oberkommandierenden der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte vorbehalten war. Klaus-Peter John: „Das war für alle ein erlebnisreicher Tag. Er machte neugierig auf weitere Erkundungen in der Region.“

Ausfahrten gemeinsam mit Familienangehörigen gehören für die Mitglieder der TIG Chemnitz zum solidarischen Miteinander wie die Butter zum Brot. Aber auch Wanderungen, Besichtigungen und Treffen der Frauen

und mit wachsender Begeisterung Skatturniere. „Jahreshöhepunkt ist unsere alljährliche Lichterfahrt durch das vorweihnachtliche Erzgebirge. Und dabei kommt auch Lukullus zu allen Ehren“, schildert Horst Beckert. Teilnehmerrekord im vergangenen Jahr: 270.

Wie in diesen beiden TIG ist in vielen das Vereinsleben lebendig. Und hilfreich für zahlreiche Alleinstehende und Ältere. Wo anders als in der TIG kann man sich mit Gleichgesinnten austauschen, sich allen Frust vom Leibe reden. Und wo lernt man sich besser kennen, als im Urstromtal, bei der Lichterfahrt oder bei einer Viertagesreise in den Böhmerwald von 20 Freunden aus der TIG Gera.

Gute Beispiele für vielfältiges Leben in den TIG gibt es sicherlich mehr. Damit alle etwas davon haben: Schreibt uns euere Erlebnisse auf. Red.

Der Vorstand teilt mit

Der Vorstand der ISOR e.V. befasste sich mit

- 44 bisher eingegangenen Antworten auf die Briefe des Vorstandes an die Abgeordneten des Bundestages und
- der Information über ein Gespräch ehemaliger leitender Mitarbeiter des MfS/AfNS unter Leitung von Heinrich Tauchert mit Frau Kaspereit, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, in dessen Mittelpunkt die Änderung des AAÜG nach den Urteilen des BVerfG stand.

Er nahm Informationen

- zu aktuellen Rechtsfragen hinsichtlich der Rentenanpassung 2000,
- zum Stand der Vorbereitung der Vorhaben des Aktionsbündnisses „Aufstehen für eine andere Politik“ sowie
- zum Finanzabschluss 1. Halbjahr 2000 entgegen. Des weiteren wurde die Beratung zur Vorbereitung der Vertreterversammlung 2001 weitergeführt.

Der Vorstand beschloss, **ISOR aktuell** August 2000 als zweiseitige Ausgabe herauszugeben, um **Mittel für umfassendere Mitteilungen nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfs des 2. AAÜG-ÄndG zu sichern.**

Widerspruch gegen Rentenanpassung zum 01. 07. 2000

Mit der Information Nr. 6/2000 haben alle TIG ein Muster für Widersprüche gegen die Rentenanpassung nach der Inflationsrate erhalten. Der Widerspruch ist gegen die Rentenanpassungsmittteilung zum 1. 7. 2000 zu richten und an den zuständigen Rentenversicherungsträger (BfA, LVA usw.) zu senden. Die BfA hat mitgeteilt, dass sie dem Ruhen solcher Widersprüche zustimmt. **Der Vorstand rät allen Mitgliedern, die Rentner sind, vorsorglich diesen Widerspruch einzulegen.** An Stelle der sonst geltenden Monatsfrist tritt hier ausnahmsweise die Jahresfrist.

Berichtigung

Im Bericht der TIG Gera (ISOR aktuell 7/00) ist uns ein Übertragungsfehler unterlaufen. Selbstverständlich hat die TIG nicht nur 25 Briefe an Politiker gesandt, sondern es gibt hervorragende Beispiele, indem einzelne Mitglieder bis zu 25 Briefe versandten.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

INGEBORG BALDAUF, Neubrandenburg
 WERNER BEER, Berlin-Friedrichshain
 STEFFEN BERTHOLD, Berlin-Friedrichshain
 PETER BIETZ, Dranske
 WILLI BUCHMANN, Berlin-Rahnsdorf
 DIETRICH DORAU, Berlin-Friedrichsfelde
 HANS ENKE, Strausberg
 MANFRED FISCHER, Leimbach
 WILLY HANTKE, Friedrichsthal
 DIETER HECKEL, Berlin-Friedrichshain
 ERICH HEINZE, Dresden
 WERNER HINZMANN, Ludwigslust
 LUDWIG HESS, Jena
 FRITZ KAYSER, Leipzig
 KARL-HEINZ KOHL, Berlin-Hohenschönh.
 HELGA KOTZUR, Chemnitz
 WILLI MARKUSCH, Eisenhüttenstadt
 WOLFGANG MIEDER, Pirna
 LOTHAR MÜLLER, Tirpersdorf (Oelsnitz)
 GÜNTER NIEHOFF, Eisenach
 MANFRED NOACK, Bergfelde
 GÜNTER OTTERBURG, Ladeburg
 GERD PICKER, Jessen
 KLAUS POHL, Potsdam
 ANNI PRETSCH, Halle
 GERHARD RASCH, Berlin-Lichtenberg
 HORST SCHOLZ, Gera
 GÜNTER SCHWARZ, Stralsund
 GÜNTER STASIAK, Weißwasser
 WALTER STEINER, Leipzig
 JÜRGEN TRESS, Königs Wusterhausen
 WOLFGANG TRÖGER, Rostock
 WERNER WIESNER, Frankfurt/Oder
 ERIKA ZINBMEISTER, Plauen

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
 Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 19 - „ISOR aktuell“

- AG Öffentlichkeitsarbeit

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Mitglieder-Sprechstunden der AG Recht (nicht telefonisch):

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Redaktionsschluss: 1. 8. 2000

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin